

Dokumentation

Auftakt zum Baukulturkonvent 2016

26. April 2016

Juridicum, Wien

Impressum

Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:

Bundeskanzleramt, Abteilung II/4

Geschäftsstelle des Beirats für Baukultur

baukultur@bka.gv.at

AutorInnen: AG 1: Sibylla Zech, Hannes Schaffer, AG 2: Klaus- Jürgen Bauer, Markus Bogensberger; AG 3: Robert Temel; AG 4: Reinhard Seiß; AG 5: Bernhard Rihl; AG 6: Lisa Purker, Wolfgang Gerlich.

Konzeption und Organisation: Gesamtveranstaltung sowie AG 1–5 Plattform Baukulturpolitik, AG 6 Arge Baukultur

Dokumentation: Im Auftrag des Bundeskanzleramtes von der Plattform Baukulturpolitik

PLATTFORM
**bau
kultur
politik**

ARGE BAUKULTUR
PlanSinn.at
Planung & Kommunikation



Fotonaehweis: Seite 5: Daniel Zimmermann; Seiten 6–18: Patrick Jaritz;

Seiten 21–22: Christian Fürthner

Gestaltung: BKA Design & Grafik

Druck: BM.I Digitalprintcenter

Wien, 2016

Auftakt zum Baukulturkonvent 2016

26. April 2016
Juridicum, Wien

Inhalt

Auftakt zum Baukulturkonvent 2016	3
Programm.....	3
1 Workshop-Ergebnisse	4
1.1 Arbeitsgruppe 1: Landschaft als Ressource.....	4
1.2 Arbeitsgruppe 2: Wohnraum in Abwanderungsregionen.....	7
1.3 Arbeitsgruppe 3: Wohnraum unter Wachstumsdruck.....	10
1.4 Arbeitsgruppe 4: Zentrenentwicklung.....	12
1.5 Arbeitsgruppe 5: Öffentliches Bauen in Kommunen.....	14
1.6 Arbeitsgruppe 6: Baukultur-Governance.....	17
1.7 TeilnehmerInnen.....	19
2 Vorträge-Abstracts	21
Christian Kühn: Die aktuellen Prozesse.....	21
Dietmar Steiner: Wohnen.....	21
Stephanie Schwer: Ortszentren.....	22
Roland Gnaiger: Boden und Landschaft.....	22
Lisa Purker/Wolfgang Gerlich: Zum Prozess der Baukulturellen Leitlinien.....	22
Renate Hammer: Baukulturreport III.....	23
Robert Temel: Architekturpolitiken in Europa.....	23

Auftakt zum Baukulturkonvent 2016

26. April 2016 von 9:30 bis 19 Uhr
Juridicum/Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
1010 Wien, Schottenbastei 10–16, Dachfoyer

Programm

Vormittag

Workshops zur Vorbereitung des Baukulturreports III und der Baukulturellen Leitlinien des Bundes

Nachmittag

Moderation: Ute Woltron

14 Uhr **Eröffnung**

Begrüßung: Sektionschefin Andrea Ecker, Bundeskanzleramt
Einleitung. Die aktuellen Prozesse: Christian Kühn, Vorsitzender des Beirats für Baukultur

14:30 Uhr **Gegenwärtige Baukultur in Österreich**

Wohnen: Dietmar Steiner, Architekturzentrum Wien
Ortszentren: Stephanie Schwer, Österreichischer Städtebund
Boden und Landschaft: Roland Gnaiger, Kunstuniversität Linz
Zum Prozess der Baukulturleitlinien: Lisa Purker, Wolfgang Gerlich, Arge Baukultur

17 Uhr **Impulse**

Baukulturreport III: Renate Hammer, Plattform Baukulturpolitik
Architekturpolitiken in Europa: Robert Temel, Plattform Baukulturpolitik

Podiumsdiskussion Fokus Baukulturpolitik

Christian Kühn, Beirat für Baukultur
Renate Hammer, Plattform Baukulturpolitik
Reiner Nagel, Bundesstiftung Baukultur, Potsdam
Michael Ruf, Bürgermeister Gemeinde Beiersbronn
Stephan Trüby, Technische Universität München
Frank Zierau, Architektengruppe Krokodil, Zürich

1 Workshop-Ergebnisse

Fünf von der Plattform Baukulturpolitik konzipierte und organisierte Arbeitsgruppen dienten der Vorbereitung des Baukulturreports III (Arbeitsgruppen 1–5). Ein weiterer Workshop unter der Leitung der Arge Baukultur betraf die Baukulturellen Leitlinien des Bundes (Arbeitsgruppe 6).

Um die Gestaltung der österreichischen Baukultur zielgerichtet unterstützen zu können, wird zur Erarbeitung des Baukulturreports die Szenariotechnik angewendet. Sie dient dazu, mögliche zukünftige Entwicklungen anschaulich zu machen. In der ersten ExpertInnenrunde wurden dazu sogenannte Entwicklungsszenarien erarbeitet. Die grundlegenden Fragen waren dabei: **Wie können sich baukulturell wichtige Handlungsfelder in Österreich in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Stimmen diese wahrscheinlichen Entwicklungen mit unseren Zielvorstellungen überein?**

In der Diskussion wurden anhand folgender konkreter Fragestellungen erarbeitet:

- **Extreme Entwicklungsszenarien**
Was wäre Ihrer Einschätzung nach eine erstrebenswerte zukünftige Entwicklung?
→ *Best-Case-Szenario*
Welche Entwicklung würde aus Ihrer Sicht den schlimmsten denkbaren Fall darstellen?
→ *Worst-Case-Szenario*
- **Wesentliche Einflussfaktoren**
Was halten Sie für die wichtigsten Ursachen, die zu den von Ihnen beschriebenen beiden Entwicklungsszenarien führen oder sie stark beeinflussen würden?
- **Megatrends**
Welche Entwicklungen sind aus Ihrer Sicht so grundlegend, dass sie die Zukunft im Allgemeinen und damit auch Ihr Handlungsfeld bestimmend prägen werden?
- **Wild Cards**
Welche extremen beziehungsweise unerwarteten Ereignisse könnten starken Einfluss auf die Entwicklungsszenarien nehmen?

1.1 Arbeitsgruppe 1: Landschaft als Ressource

Landschaft ist ein idealer Partner für die Architektur

Best Case

- Stadt und Landschaft gemeinsam stark – es gibt eine Sensibilisierung für den Zusammenhang von Stadt und Land. Der Schutz der Landschaft ist durch die Förderung der Stadt/der Urbanität möglich.
- Urbaner ländlicher Raum – die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum stabilisiert sich. Das Konzept der zentralen Orte funktioniert. Der ländliche Raum gewinnt mit den Landstädten an Attraktivität.

Worst Case

- Landschaft ist lediglich eine Ware – Landschaft wird aus China, Brasilien usw. dazugekauft, weil wir Lebensmittel und Waren von dort konsumieren. Wir verbrauchen wesentlich mehr Landschaft als wir haben.
- Landschaft ist rentables Spekulationsobjekt – denn Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Land wird in großem Stil als sichere Vermögensanlage gekauft.

- Der Brain-Drain im ländlichen Raum verstärkt sich – große Städte und ihr Umland wachsen ungebrems und die Abwanderung im ländlichen Raum verstärkt sich. Um eine völlige Entleerung des ländlichen Raumes zu vermeiden, werden Baugründe wahllos erschlossen und für Gewerbeniederlassungen und neue Ansiedler so günstig wie möglich angeboten.
- Siedlungsbrei und Eierspeis:



1: »typischer« Siedlungskern;
 2: »vergewerblichter« Raum (aktuelle Situation);
 3: es ist nichts mehr von der Eigenständigkeit von Stadt und Landschaft vorhanden (von links nach rechts)

Positionierungen

Grundsätzlich konträre Positionen wurden nicht ausgemacht. Es gab grundsätzliche Übereinstimmung bei den folgenden Punkten:

- Sozialpflichtigkeit des Eigentums.
- Die Raumplanung hätte die Instrumente zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft. Sie müssten allerdings umgesetzt werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt dabei wäre die österreichweite verbindliche Festlegung von Siedlungsgrenzen.
- Die Landschaft hat als Freiraum keine Lobby. Deshalb braucht es ein klares fachliches und politisches Bekenntnis zum sorgsamem Umgang mit Landschaft. Dabei muss gelten:
 - Überörtliche vor örtlicher Raumplanung und
 - Ordnungsplanung vor Objektplanung.
- Wir zerstören jene Landschaft, die wir suchen.
- Baukultur heißt auch Nichtbau-Kultur.

Megatrends

Globale Wirtschaftswelt, Klimawandel, digitale Welt, mobile Welt, gesellschaftliche Vielfalt, ältere Gesellschaft, Energiehunger

Wildcards

Globale Wirtschaftskrise, Auflösung EU, Leerstandsteuer, Baulandfonds, extrem billige Energie, überregionale Naturkatastrophe, Pandemie, Produktivitätssprung Landwirtschaft/Algen gegen Hunger, Super GAU AKW(s), Terror, Völkerwanderung, Bienensterben weltweit, Peak Oil erreicht

Cluster

Die Zeit schafft viele Wunden: Schleichende Veränderungen passieren unbemerkt und sind dennoch offensichtlich. Die folgenden Prozesse sind darunter zu verstehen: Ausräumung, Verwaldung, Verbrachung, Verhüttelung, Versiegelung, Zerstraffung, Zerwegung, Zersiedelung, Vergewerblichung, Fragmentierung. Die tägliche Flächeninanspruchnahme in Österreich beträgt lt. Umweltbundesamt 16,1 ha/Tag im Durchschnitt der Drei-Jahres-Periode 2012–2015. Der tägliche Verbrauch im Jahr 2015 lag für Bau- und Verkehrsflächen bei 6,7 ha/Tag und für Betriebs-, Erholungs- und Abbauf Flächen bei 7,0 ha/Tag. Österreich hat doppelt so viele Straßen (pro Kopf der Bevölkerung) wie die Schweiz. Österreich hat die höchste Supermarktdichte Europas. Die Anzahl und Dichte der Wintersporteinrichtungen gehört zu den höchsten weltweit. Finanzielle Steuerungsinstrumente sind die wirksamsten Ansatzpunkte gegen den Landschaftsfraß: z. B. Abschöpfung von Widmungs- und Aufzoningsgewinnen, Abschaffung der Pendlerpauschale, an Raumordnung orientierte Wohnbauförderung, Landschaftskonto, Leerstandsabgabe etc.

Arbeitsgruppe 1: Landschaft als Ressource



Persönliches

Es wäre schön, wenn Landschaft ähnliche gesellschaftliche Aufmerksamkeit erlangte, wie sie andere Kultursparten genießen. Gerade Österreich als Kultur- und Tourismusland sollte hier eine wesentliche Vorreiterrolle übernehmen und in jeder Landeshauptstadt ein »Haus der Landschaft« schaffen.

1.2 Arbeitsgruppe 2: Wohnraum in Abwanderungsregionen

Neue Urbanisierung

Die jährliche Neubauleistung an Wohnungen beträgt in Österreich ca. 51.000. Das Wohnungsdefizit beläuft sich nach manchen Schätzungen auf 80.000 Wohnungen pro Jahr. Dieser Bedarf besteht vor allem in den Ballungsräumen. Heute befinden sich etwa 65 % der Bevölkerung und 71 % aller Arbeitsplätze in diesen Ballungsräumen. Viele Gemeinden in den Speckgürteln rund um die Städte gewinnen dadurch zwar an Einwohnern, doch sie verlieren ihr dörfliches Selbstverständnis: Die Provinz wird urbanisiert. Die Landeshauptstädte wuchsen zwischen 2001 und 2012 im Schnitt um 8,5 %, Graz, Eisenstadt und Wien sogar um bis zu 17 %. Die Speckgürtel legten noch deutlicher zu.

Abwanderung

Gleichzeitig schrumpft die Bevölkerung. Die Geburtenraten gehen zurück. Während die Bevölkerung in den 34 Stadtregionen von 2002 bis 2011 im Schnitt um 1,3 Jahre älter wurde, alterte sie in der Provinz um 2,8 Jahre. Städte und Gemeinden in Abwanderungsgebieten verbuchen teilweise dramatische Bevölkerungsrückgänge. Es handelt sich dabei vielfach um periphere Regionen mit schwächerer Wirtschaftsstruktur. Die Zahl der Privathaushalte wird in den kommenden Jahrzehnten fast überall in Österreich wachsen. Ausnahmen bilden einige periphere Regionen mit hoher Abwanderung und dadurch bedingter starker Alterung.

Wanderungen

Warum reicht trotz des demografischen Wandels und des Rückgangs der Bevölkerung das Angebot an Wohnraum nicht aus? Die Antwort ist: Die Bevölkerung verteilt sich um. Ein sich veränderndes Wanderungsmuster verursacht ein Schwarmverhalten. Vor allem jüngere Menschen ziehen in vergleichsweise wenige »Schwarmstädte«. Diese sorgen dort für knappen Wohnraum, während sich die Abwanderungsregionen entleeren.



Arbeitsgruppe 2: Wohnraum in Abwanderungsregionen

Trotz steigender Leerstandsquoten wird jedoch in den schrumpfenden Regionen weitergebaut. Meist hoffen die Kommunen durch Neubaumaßnahmen junge Familien anzuziehen und so die Wirtschaft anzukurbeln. Häufig jedoch wird dieses Ziel weit verfehlt. Der verstärkte Neubau in Abwanderungsregionen führt nämlich oftmals dazu, dass alte Gebäude in größere Konkurrenz zu den neuen kommen. Die Folge: Der Leerstand steigt an, die Menschen wandern ab. Die innerösterreichischen Wanderungsbewegungen sind zahlenmäßig beinahe doppelt so hoch wie die Außenwanderungen. Betrachtet man das Muster der gesamtösterreichischen Binnenwanderung, dann wird die besondere Bedeutung einer kleinräumigen Wanderung zwischen den Gemeinden eines Bezirkes sichtbar, und damit auch eine Wanderung von Altbau zu Neubau.

Worst Case

- Südburgenland wird eine Art Bronx ohne Stadt, ein Gewerbegebiet folgt auf das nächste, dazwischen traurige Landschaft.
- Potenziale gehen verloren, bauhistorische Gebäude werden vernichtet, keine öffentlichen Investitionen mehr, Wohnen am Ortsrand, der Kern stirbt aus.
- In den Ortskernen bleiben die älteren und niedrig qualifizierten Menschen, Zersiedelung schreitet voran, Leerstand nimmt zu. In der Folge veröden die Zentren. Auswirkungen auf Arbeitsplätze und baukulturelle Substanz, die ein wertvolles Potenzial darstellt.
- Ruinendörfer wie sie in Japan bereits existieren. Keine Anbindung, es gibt Dörfer, wo nur 1–2 Personen wohnen, abhängig sind von Hilfsorganisationen, die ihnen Essen bringen.
- Weiter wie bisher. Die Illusion ist zu glauben, dass man allein durch wirtschaftliche Incentives die Leute abhalten kann wegzuwandern. Man muss erkennen, es sind auch sehr starke persönliche Motive. »Von der Wiege bis zur Bahre« am selben Ort ist ein Auslaufmodell.
- dieser Gemeinde mangelt es an immer mehr, das Auto ist nicht mehr leistbar, der Bauer muss aufgeben, manche von den Alten ziehen zu Verwandten in die Stadt oder kommen in Pflegeheime, es werden Dörfer mit den umliegenden Feldern aufgekauft, dorthin kommen neue selbstfahrende Fahrzeuge, die die Landwirtschaft für Großkonzerne nutzen. Man hat das Gefühl in der Wildnis zu sein. In den Städten macht sich der Mythos vom bedrohlichen Land breit. Dort lauert das Verderben. Die Städte werden immer enger, die Nahrung immer einheitlicher. Zur Erholung gibt es Naturparks, in denen jeder Grashalm geplant ist.
- Einfamilienhausplantagen mit Vorgärten, Zweitwohnsitze, Feriendörfer, Schlafdörfer, Großzentren für Handel, Shopping-Villages.
- Polarisierung verstärkt sich, Ausbluten von Räumen, Kulturverlust. Vergleich zwischen dem Seewinkel und Salzkammergut, die bestehende Bausubstanz beinhaltet Tradition und Möglichkeiten.
- Bauland ist irgendwann nicht mehr vorhanden. Abstand zur Gemeinde, zu den Nachbarn, ein Sinnbild.
- Unsere Generation sieht keine Zukunft im jetzigen System. Entweder ein Sturz oder es bricht von selbst ein, wir müssen uns wieder selbst versorgen. Das geht nur gemeinsam und nicht in Einfamilienhäusern.

Best Case

- Biosphärenreservat, historische Landschaft, kann eine andere attraktive Art von Wohnen darstellen, ein Rückbau von Wohneinheiten wäre notwendig
- Breitbandausbau wird belebte Ortszentren schaffen, Co-working-spaces, Gaststätten, Kultureinrichtungen wären wieder möglich, Jungfamilien mit Kindern siedeln sich wieder an, Sommerfrische bekommt an Bedeutung

- Entwicklung hinsichtlich öffentlicher Verkehr, Erreichbarkeit, Kinderversorgung, Breitbandausbau, Bildung, med. Versorgung. Kompakte Ortszentren schaffen unter Zuhilfenahme der vorhandenen baulichen Substanz.
- Funktionen werden strategisch aufgeteilt. Aufgrund der Förderpolitik werden kleine Zentren bevorzugt, es gibt Verdichtung, es ist möglich, viele Wege im Ort zu begehen.
- Eine Stärkung der regionalen Zentren als Ankerpunkte, für die, die etwas außerhalb wohnen, damit sie in erreichbarer Entfernung die geeignete Infrastruktur finden.
- Gut ausgebildete Junge sollen sich der Qualitäten des Landstrichs bewusst sein, das Ansiedeln muss ihnen leichter gemacht werden, sie müssen sich zusammenschließen und Neues schaffen. Das baukulturelle Erbe muss erkannt und geschätzt werden, man muss dort investieren wollen.
- Damit die Jungen herkommen, braucht es Mobilität. Es gibt im Umfeld der Gemeinde ein Zentrum für Ausbildungsmöglichkeiten, Freizeit. Vielleicht schließen sich mehrere Gemeinden zusammen, überlegen, wie sie die Pendlerpauschale nutzen können. Es wird ein nachhaltiges Fahrzeug entwickelt, das mit Ressourcen vor Ort angetrieben werden kann. Es werden Genossenschaften gebildet, zum Beispiel im Bereich Bildung oder Pflege. Es wird Wohnraum aktiviert aus alten Strukturen, die keiner mehr will. Es wird eine Bodenstiftung gegründet. Landwirtschaftliches Land, Wald, Quellen, werden als großer Schatz gesehen, der die Verbindung mit dem nächsten Zentrum wieder stärken kann, denn dort braucht man diese Lebensmittel oder Produkte. Dadurch kommt Geld von außen herein, es entwickelt sich ein Kreislauf.
- Es gibt mehr Landgemeinden, die Städte werden entlastet, weil der Druck geringer wird. Irgendwann kann sich Österreich wieder selbst ernähren.
- Ich würde unsere Region so sehen wie in den New Towns im guten Sinne. Man ist eine innovative kleine Einheit, die jede Versorgungsmöglichkeit bietet und nahe an den Ballungsräumen ist. Es soll auch das Angebot geben, dass man mit modernem Zug von Wien heim fährt und sich eindeckt und mit dem E-Mobil in die Breite fährt.
- eine stärkere Kommunikation, das kollektive Wissen, vitale Ortskerne, ein Bewusstsein, dass wir gemeinsam etwas tun können. In der Beteiligung sieht man, dass es viele Menschen gibt, die wirklich Interesse haben im Ort mitzuwirken.
- ausgehend von den Städten gibt es Regionen mit unterschiedlichen Qualitäten. Je weiter ich weg gehe, desto weniger Angebot habe ich, aber desto mehr Natur gibt es. jeder kann entscheiden, wo für ihn der richtige Platz ist.
- Auch den Verfall könnte man positiv denken. Das könnten Gebiete sein, wo man experimentell neue Dinge ausprobieren kann, weniger an Vorgaben gebunden ist.
- »Hurra, die Welt geht unter«: es muss ein großer Wandel her
- Polyzentrische Struktur auf dem Prinzip von Stadt. Vernetzte Einheiten. Wenn eine Ansammlung von Orten eine Einheit = Stadt bildet
- Es ist ganz wichtig, wenn wir schon reagieren mit unseren Anforderungen auf die ökologische Nachhaltigkeit, dann kann es auch eine gestalterische Nachhaltigkeit geben, die sich in bestimmten Maßstäben Stadt, Quartier, Straße, Platz manifestiert.

Positionierungen

Grundsätzlich wurde die Frage nach der gesellschaftlichen Zukunft gestellt. Wie wollen wir zusammen leben? Der Themenkomplex Boden und Eigentum muss diskutiert werden. Die Frage nach der ökologischen Dimension sollte im Vordergrund stehen. Viele Ideen liegen abseits der Rahmenbedingungen stark an den Rändern. Bedingungen müssen sehr kreativ interpretiert werden, auch hinsichtlich des herrschenden Rechtssystems. Das Alte ist noch nicht gestorben, also kann das Neue noch nicht geboren werden. Eine spannende Situation, wo viel experimentiert wird. Man braucht Geduld und breite Bewusstseinsbildung. Es gibt Grund zu Optimismus,

aber die kreativen Ideen stammen immer noch von Minderheitengruppen, die breite Masse hat noch andere Ideale im Kopf.

Wildcards

Wie kann man für Zuwanderer den Ort attraktiv machen? Da muss man wahrscheinlich viele mentale Hürden überwinden.

1.3 Arbeitsgruppe 3: Wohnraum unter Wachstumsdruck

Bisherige Entwicklung und Trendszenario

Arbeitsgruppe 3: Wohnraum unter Wachstumsdruck



Anfangs schildert Robert Temel die bisherige Entwicklung im Themenbereich aus seiner Sicht und endet mit einem Trendszenario: Der europäische Druck in Richtung Reduktion der Staatsausgaben und Beschränkung der Förderung auf »Bedürftige« wird weitergehen, zusätzlich werden Kosten und Bedarf weiter steigen. Das heißt der Anteil des geförderten Wohnbaus wird tendenziell weiter sinken, auch weil es die niedrigen Zinsen unattraktiver machen, die Qualitätsstandards der Förderung in Kauf zu nehmen; der freifinanzierte Wohnbau wird wachsen und sich stärker auch in Richtung auf Wohnen für niedrige Einkommen orientieren, allerdings dabei die Qualitätsvorgaben des geförderten Wohnbaus weitgehend ignorieren. Beides wird dazu beitragen, dass auch im geförderten Wohnbau die Standards sinken, etwa durch weniger enge gesetzliche Vorgaben und eine Beschleunigung der Planungsverfahren auf städtebaulicher und architektonischer Ebene. Ohne Mietrechtsreform werden die verschiedenen Wohnbausektoren hinsichtlich der Kosten weiter auseinanderdriften, es wird zunehmend zu wenig Angebot für die niedrigsten Einkommen geben. Die Segregation wird weiter steigen, gleichzeitig wird die Wohnfläche pro Person abnehmen. Der Druck auf den öffentlichen Raum und auf Raumangebote für Freizeit wird zunehmen. Durch den steigenden Bedarf an kostengünstigen Wohnungen und die beschränkten Fördermittel wird sich die energetische Sanierung verlangsamen. Zunehmen wird allerdings die Nachverdichtung der

Stadt, sowohl weiterhin in gründerzeitlichen Stadtvierteln als auch in Siedlungen der 1950er bis 1970er Jahre. Der Druck in Richtung Stadtrand und Speckgürtel wird steigen; dort werden allerdings kaum kostengünstige Flächen verfügbar sein, solange es zu keiner grundlegenden Änderung der Planungsperspektive weg von geringen Dichten kommt. Anschließend formulieren die TeilnehmerInnen einige Ergänzungen zu Entwicklung und Trendszenario und schildern schließlich ihre Best- und Worst-Case-Szenarien.

Worst Case

Keine Bodenpolitik: Wien wird London werden; konservativer Trend/rückwärtsgewandt; Yes we faint/stark segmentierte Räume; Gestaltungs lähmung, Stadtfucht; total segregierte Gesellschaft ohne Austausch; low budget/low level Bauen; nur mehr Autos, nur mehr Individualverkehr, Wien wird Paris; qualitätsreduzierte Massenproduktion, billiges Bauen; Margret Thatcher, Sell-out-Politik.

Best Case

Keine Angstwohnbaupolitik, aktive Bodenpolitik; Wir brauchen das Neue, Anthropozän im positiven Sinne; Yes we can/polyzentrische, nachhaltige Räume; Investitionsoffensive mit Bestandsverdichtung und Modernisierung, Widmungsgewinne abschöpfen; kooperative und kommunikative Baukultur, Diversität; offensive, zukunftsorientierte Baupolitik; Wohnstraßen, Grünstraßen; Qualität, Leistbarkeit und Geschwindigkeit ist kein Widerspruch, Innovation: andere Typologien, Sharing, Vernetzen; koordinierter Wohnungsbau, koordinierte Boden- und Finanzpolitik und innovative Architektur; right to housing.

Ergebnisse

In der Darstellung der Szenarien zeigte sich ein gewisser Konsens: die beiden Extremszenarien können zu großen Teilen subsummiert werden unter: absolute Individualisierung versus Gemeinwohl als Prinzip; bei Themen wie Bodenpolitik geht es genau um diesen Widerspruch. Ebenso zentral war die Frage der Nachverdichtung. Es sei sinnvoll, beim »Recht auf Wohnen« zu beginnen. Für die Umsetzung jener politischen Instrumente, die Verbesserungen im Wohnungsbau bringen würden (z.B. Bodenpolitik), braucht es starken politischen Konsens, das öffentliche Interesse muss klar bekundet werden. Auf der politischen Ebene braucht es mehr Mut, öffentliches Interesse auszufechten, auch vor Gerichten. Ebenso auffällig ist, dass es zwischen den bekannten Maßstabebenen der Raum-/Stadtplanung und der Architektur kaum Zwischenebenen gibt, die aber überaus wichtig wären: von der Vernetzung mit der Nachbarschaft bis zur Bürgerbeteiligung. Für Partizipation müssen Möglichkeiten geschaffen werden, es geht um eine partizipative Kultur. Viele BewohnerInnen sehen heute die Stadt wie eine Firma: Ich zahle Steuern und die Stadt liefert dann; das wird gestärkt durch die Erfahrung, dass viel Macht in Entwicklungsprozessen bei großen Unternehmen liegt. Eine solche Sicht wurde den Menschen jahrelang vermittelt. Wachstum und Schrumpfung: Es braucht Kooperation zwischen Ballungsräumen und Abwanderungsräumen, um einen Ausgleich zu finden, um beiden Seiten zu nützen. »Sterbende Regionen« können nur durch Arbeitsplätze und Bildungsangebote gestärkt werden.

Megatrends und Wildcards

Megatrends: Neoliberalisierung, Politik durch Unternehmen, Individualisierung, Partizipation, Vernetzung, Migration, Einkommensschere/Polarisierung, Verlagerung von Wertschöpfung, Urbanisierung, Finanzmarktentwicklung. Wildcards: Naturkatastrophen, große Pleiten, Klimawandel, Innovation, Technologie, Sharing, politische Polarisierung.

1.4 Arbeitsgruppe 4: Zentrenentwicklung

Handlungsfeldspezifischer Rückblick

Am Beginn des Workshops stand ein Rückblick auf die Treiber der Entwicklung der österreichischen Orts- und Stadtzentren seit dem Zweiten Weltkrieg, grob eingeteilt nach Dekaden:

- 1950er Jahre: Wirtschaftswunder und Wohnbauförderung
- 1960er Jahre: Automobilität und Einfamilienhaus für alle
- 1970er Jahre: Funktionstrennende Raumplanung und erste Einkaufszentren
- 1980er Jahre: Nachhaltigkeitsanspruch versus beginnende Speckgürtel
- 1990er Jahre: Klimawandel versus allgegenwärtige Suburbanisierung
- 2000er Jahre: Wider besseren Wissens – oder: Das vergebene Jahrzehnt
- 2010er Jahre: Zentren – zwischen Renaissance und Niedergang

Einflussfaktoren

Auswahl an genannten Einflussfaktoren der heutigen Zentrenentwicklung:

Raumordnung; Baugesetze und Normen; Gewerbeordnung; Umgang mit Grund und Boden / Dichte; Planwertgewinn; Bürokratisierung vs. Verantwortung; Fehlende kommunalpolitische und planerische Ernsthaftigkeit; Eigenverantwortung; Gemeindefinanzierung / Finanzausgleich / Kommunalsteuer; Infrastrukturkosten – Kostenwahrheit vs. Umverteilung; Verkehr, Pendlerpauschale; Wohnbauförderung; Wandel des Handels; Digitalisierung; Finanz- und Immobilienwirtschaft; Wohlstandsschere; Alterung / demographischer Wandel; Migration; Bildung und Kultur; Lebens- und Aufenthaltsqualität; Tradition vs. neue Identitäten

Best Case

- Renaissance der Stadt, Rückzug aus dem Speckgürtel ins Zentrum
- Neubelebung alter, leerstehender Bausubstanz
- Rückbau bzw. Umnutzung peripherer bzw. falscher Standorte
- Vitale Zentren als öffentliches Interesse
- Wohnstandort Zentrum
- Strukturen nach menschlichem Maß / Stadt der kurzen Wege
- Der öffentliche Raum wird wieder Ort des sozialen Austauschs / Blühende Straßen
- Die soziale, demokratische Stadt

Worst Case

- Erdgeschoße werden zu Garagen
- Die autogerechte Stadt / Das amerikanische Stadtmodell
- Stadt als »Donut-City«
- Verödung der Zentren / Monostrukturen / Leerstandsspirale
- Das Gemeindeamt zieht ins Pfarramt – oder: Die Kirche zieht in den leeren SPAR
- Musealisierung der Zentren / Zentren als Tourismus-»Zombies«
- Alles bleibt wie es ist (schlimm genug ...)
- Parteieninteressen dominieren kommunales Geschehen

Megatrends

- Verstärkung
- Klimawandel / Klimaschutz
- Ernährungssicherheit / Ressourcenverfügbarkeit / Energieautarkie
- Digitalisierung / Künstliche Intelligenz / »Gesellschaft 4.0«
- Online-Handel
- Mobilität
- Entwicklung der Wirtschaftslage / der öffentlichen Kassen
- Veränderung der Arbeitswelten
- Wanderungsbewegungen / Vermischung der Kulturen
- Alterung / soziale Stabilität
- Segregation auf alle Ebenen
- Entwicklung von Gesellschaft und Politik

Wild Cards

Globale Migrationsströme; Hunger; zunehmende Umweltkatastrophen; nukleare Katastrophen; Zusammenbruch der Energieversorgung; Kriege, Terror, nukleare Konflikte; Machtkonzentration; Der gläserne Mensch; Staatserosion und Wirtschaftskollaps (Massenarbeitslosigkeit etc.); Geistige Erosion in der Gesellschaft; Gesellschaftliche Revolution (Sinnfrage, Wertewandel, Ent-/Solidarisierung); Vernunft/Erneuerung des politischen Systems.



Arbeitsgruppe 4: Zentrenentwicklung

1.5 Arbeitsgruppe 5: Öffentliches Bauen in Kommunen

Handlungsfeldspezifischer Rückblick Trendszenario

Handlungsfelder bisheriger Baukulturreporte, Bestandsaufnahme: kaum Nachhaltigkeit stärkende Förderungen, kaum Baukultur fördernde Regelungen, Vergabekultur zeigt Negativentwicklung auf, Qualifikationen der Fachplaner werden zu wenig abgefragt, oft mangelnde Bestellqualität öffentlicher Auftraggeber, destruktive Machtstrukturen und Einzelinteressen, Empfehlungen der BK-Reporte wurden ignoriert > was wurde wirklich umgesetzt? Im Tun noch keine Strategie erkennbar, nur der BK-Beirat im BKA wurde umgesetzt, Forderung: Leitlinien

Aufzeigen der Handlungsfelder des öffentlichen Bauens, Korrekturen und Anregungen

- In OÖ seit 2004 Wettbewerbsoffensive für öffentl. Bauten, läuft relativ gut, in letzter Zeit aber Einbruch, weil Kommunen Vergabeprozess über Wettbewerb oft zu mühsam ist. Läuft dann in Richtung Generalübernehmer – Wohnbauträger übernehmen Arbeit der Architekten. Vom Land wird diese Entwicklung auch nicht unbedingt gut geheißt, Schadensbegrenzung: Aufforderung zu Architekturwettbewerben. Welche Konsequenzen hat es, wenn Gemeinden die Bauherrenfunktion zum GÜ schieben?
- Information und Bewusstseinsbildung müssen entgegenwirken. Wir brauchen Anreize, aber keine Verhinderungsmechanismus. Bedarfszuweisungen sind Gemeindemittel, sollen Rücklage bilden für Projektentwicklung in Gemeinden und können nicht gekürzt werden, sondern es sollen Anreizmittel eingesetzt werden.
- Der Steuerzahler bildet Mittel – also sind es Bürgermittel, muss in deren Interesse verwendet werden, Baukultur ist in deren Interesse. Hier braucht es aber Bewusstsein von der Bevölkerung, damit sie das auch verlangt.
- Bedarfszuweisungen müssen eine Stellschraube für mehr Qualität sein – das müssen alle verstehen.
- Jedes Bundesland hat Richtlinien für Ausschüttung der Bedarfszuweisung, jedes Bundesland macht das ein wenig anders, man kann sie auch verändern – man muss positiv formulierten Diskussionsprozess in Gang setzen.
- Mögliches Szenario für Verbreiterung eines Baukulturverständnisses: Forschungsprojekt in Deutschland vom BBSR, Bonn: Forschungsprojekte zu Stadt, Raum, Baukultur > Ergebnisse sollen in Förderprogramme, Gesetze usw. einfließen – das fehlt in Österreich! Projekt »Baukultur konkret«: Anreize für kleinere Kommunen, um breiteres Verständnis zu schaffen. Zeitressource: halbes Jahr, um Gemeinde beratend zur Verfügung zu stehen, Bsp.: frisch gewählter Gemeinderat von Gemeinde von Baiersbrunn sollte Baukultur näher gebracht werden > 3 Tage in Vorarlberger Gemeinde, beim Zurückfahren war das Hauptthema Baukultur > Stopp aller laufenden Projekte und neuer Anfang: Leitlinien, Gestaltungsbeirat, Wettbewerbe etc. Es begann mit Bewusstseinsbildung, es hat zuerst niemand im Gemeinderat die Architekten verstanden, keiner wusste, was Baukultur sein soll. Durch Forschungsprojekt wurde klar, dass es nicht nur darum geht, ein schönes Haus zu bauen. Nun gibt es große Verfahren, Stadtsanierungsprogramm, Bürgerbeteiligung, Leitlinien. Man überlegt erstmals, ob Maßnahmen langfristig gut sind > Bewusstseinsbildung ist der Schlüssel, auf beiden Seiten, auch bei Architekten. Auch Anreiz über Förderung ist wichtig.
- Strategie des deutschen BM: exemplarisch im Bundesgebiet ausprobieren, wenn es sich bewährt, bundesweite Anwendung > Fördermittel an Leitziele binden
- haben schnellen Handlungsbedarf; Tirol: auch GÜ-Problem, man darf nicht behaupten, GÜ ist billig, da er nur Risiko abdeckt und Risikoabdeckung ist nie billig; Eitelkeit besteht nicht nur bei Architekten, auch bei Juristen: Eignungskriterien von Juristen so gestaltet, dass nur mehr 0,1% der Architekten das erfüllen kann, da kann keine Baukultur

entstehen. Kommunen müssen so beraten werden, dass sie keine Angst haben, sie wollen Kostensicherheit.

- Szenario »emanzipiertes öffentliches Bauen«: 1. Transparenz der Kosten: Gibt es genug öffentl. Gelder für anspruchsvolles öffentl. Bauten? 2. Wettbewerbe werden für Bildung viel zu wenig genutzt, wenn Wettbewerbe stattfinden, müssen sie auch öffentl. diskutiert werden; 3. Baukulturreport: Ziele setzen, nicht nur Empfehlungen, Forderung stellen
- Philosophie des Gemeindebundes: Gemeinde als sozialer Raum betrachten, wo sich Menschen entfalten können. Dafür braucht es eine öffentliche Kultur des Bauens. Gemeinschaftliche Struktur bietet die Möglichkeit, das Gemeinwesen als Bauherrn zu sehen. Kommunalverwaltung hat Verpflichtung, den Interessen und Gesetzen nachzukommen – wenn man hier ansetzt, hat man größere Wirkung als beim einzelnen Bauherrn.
- Viele öffentliche Bauvorhaben entstehen – am Bsp. OÖ – ohne Projektentwicklung: Feuerwehr muss solange lästig sein, bis Bürgermeister Bedarf anmeldet, zum Land (LH) geht und dann wird – nach Bedarfsprüfung – Feuerwehr errichtet; der Fokus und die Mittel in diesem Dorf werden auf dieses Projekt gerichtet, alle andere Initiativen werden hinten gehalten oder ignoriert – was für gesamtes Dorf vielleicht am besten wäre, wird nicht reflektiert. Hier fehlt es an der Projektentwicklung, das ist aber die absolute Basis für nachhaltige Planungs- und Ausführungsprozesse – hier gibt es keine Landes-Mittel.
- Forderung: Kompetenzzentrum entstehen lassen – am Bsp. Landratsämter in Bayern, dort werden Architekten und Raumplaner als Ansprechpersonen zur Verfügung gestellt. Bezirksbauämter in OÖ müssten kompetenzgestärkt werden – nicht nur Techniker und Juristen; Partizipation fördern. Eigentlich bräuchte jede Gemeinde ein Gestaltungsbeirat.
- Man sollte hinterfragen, ob ein Bau so benötigt wird, wie man das gerne hätte, das muss in Vorbereitungsphase passieren. Wichtiger erster Schritt – in Stmk. eingeführt – Überprüfen des Bedarfs, das soll dazu führen, dass in Vorphase Vorschläge gemacht werden.
- Jede Gemeinde schafft es nicht, einen Gestaltungsbeirat zu bilden, ein Szenario könnte aber sein, auf Bezirksebene ein Gremium zu schaffen. Gemeinden, die Projekte haben, können dort hingehen und sich beraten lassen. Neues System, wo es schneller und leichter geht als auf Landesebene.
- Es gibt Stellen, die auch gut funktionieren, man sollte mit den Institutionen die es schon gibt besser arbeiten. Positives Bsp.: Hartberg, gute Kommunikation mit Baubezirksstelle.
- Problem ist der Name Gestaltungsbeirat, nicht nur Gestaltung, sondern Entwicklung und Planung sind wichtig > das Wort »Gestaltungsbeirat« muss auf jeden Fall hinterfragt werden. Interdisziplinarität muss sich in Beirat niederschlagen. Man sollte auch Analyse machen, was will ich auf welcher Ebene, Land/Bund > Aufstellen eines Kriterienkatalogs: Welche Agenden sind am besten beim Bund, welche bei Land/Bezirk.
- Phase 0: Begleitung in Frühphase Projektentwicklung, Förderung nur in manchen Ländern, aber nur wenn etwas gebaut wird. In Vorarlberg 1/3-Förderung für übergeordnetes Konzept, wenn partizipativer Prozess gewährleistet ist.

Worst Case

- Szenario negativ (Teil 1): Generalübernehmer und PPP: Verlust der Bauherrenkompetenz bzw. war nie Bauherrenkompetenz da, sondern Frage, ob man sich eingesteht, dass man etwas abgibt; Frage: Bleibt es eigentlich öffentlich oder kann man es privatisieren?
- Grundgedanke: Öffentliche Aufgabe wird von öffentlicher Bauherrenkompetenz geleitet, da es gemeinschaftliche Interessen gibt. Wichtig: Emanzipierung, Bewilligungspolitik für stärkere Wahrnehmung der öffentl. Interessen.
- Szenario negativ (Teil 2): Auslagerung der Verantwortung an kommerziellen Privatunternehmer: man verliert Öffentlichkeit, es wird privatisiert und somit monopolisiert, man verliert ein öffentliches Aktionsfeld, indem sich öffentliches Geschehen entwickelt > kein

öffentliches Bauen mehr. Kein Einbeziehen der Bevölkerung, somit auch keine Identifikation der Bevölkerung mit Projekt.

- Weitergedacht: Konsequenz ist ein Totalübernehmer, großer Investor kommt und setzt seine Interessen durch, Fachplaner und Landschaftsplaner werden ignoriert, am Ende müsste die Kommune den Raum zurückmieten. Es würden sich neue Berufsbranchen bilden: Mittelsmann, kommunaler Benützungsmanger.
- Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste.

Best Case

- Positives Szenario (Teil 1): Keine Großverträge, wenn es Leitlinien gibt für Wettbewerb, dann wird nicht mehr eine Gemeinde bei einem Wettbewerb überrannt, sondern mehrere Gemeinden haben Wettbewerbe, auch die Qualität der Wettbewerbsanforderungen steigt.
- Positives Szenario (Teil 2): Öffentliches Bauen als ein Geben und Nehmen, kein volles Auslagern der Verantwortung, sondern emanzipierendes öffentliches Bauen, Bewusstseins- und Fähigkeitspolitik.

Conclusio

- Es braucht eine mutige Politik, eine politische Vision, was öffentliches Bauen sein soll, und eine gut organisierte Verwaltungsstruktur. Es braucht eine gut verteilte Struktur, es braucht Systemqualifikation: Qualifizierung der Experten, das zu verantworten und Übernehmen der Verantwortung. Es sollte Leitlinien geben, wie man – best-practise-basierend – gut öffentlich bauen kann, wie ein optimaler Bauprozess aussieht. > Entwicklung von Leitbildern gemeinsam mit Bürgern und Experten. Ziel: wenn man selbst eine Vorstellung entwickelt, will man Kompetenz gar nicht abgeben.
- Szenario: Leitbild als lernendes System, ständig werden neue Komponenten eingearbeitet und daran richten sich Leitlinien aus. Wichtiger Teil: Kommunikation und Partizipation.
- Leitlinien sind notwendig, damit prozessuale Fragen in den Fokus gerückt und Umsetzungsfragen geklärt werden. Auf Gemeindeebenen kann man mit Leitbildern arbeiten und auf dieser Ebene diskutieren. Irgendwann müssen dann Leitlinien »ankommen«.

Arbeitsgruppe 5: Öffentliches Bauen in Kommunen



Man müsste dem Eigentum auch mehr Öffentliches anhaften, z.B. Leerstand, Grundstücke. Keine Enteignung, aber wir kommen nicht in gemeinsames öffentliches Entwickeln und Bauen, wenn Eigentum nicht eine Verpflichtung der Öffentlichkeit gegenüber hat (innovative Umwidmungsverfahren, Städtebauverträge, aktive Bodenpolitik). Forschungs- und Entwicklungssysteme auf Bundesebene parallel zum lernenden Leitbild in der Kommune, Forschungs- und Entwicklungsgelder zum baukulturellen Handeln.

1.6 Arbeitsgruppe 6: Baukultur-Governance

1. Diskussionsrunde: Wann sind österreichische Leitlinien zur Baukultur wirksam?

Leitlinien des Bundes sind wirksam, wenn...

- sie auf Bestehendem aufbauen
- die HandlungsträgerInnen des Bundes sich an ihnen orientieren
- sie die Willigen effektiv unterstützen
- Anregungen für legislative Maßnahmen enthalten
- Vorbilder für gute lokale Entscheidungsprozesse & -strukturen liefern (z.B. Varianten von Gestaltungsbeiräten mit Vor- und Nachteilen)
- Ideen für Anreize enthalten (Förderungen, Preise,...)
- Impulse zur regionalen Koordination & Harmonisierung bieten
- den Zugang zu Wissen und guten Beispielen gut ermöglichen
- Partizipation der Zivilgesellschaft voran bringen
- aus modularen, multimedialen, aktualisierbaren Produkten bestehen
- von Vermittlungs- und Bildungsinitiativen begleitet werden
- Umsetzungsinitiativen rechtzeitig auf den Weg gebracht werden
- es Monitoring und Evaluierung gibt
- die Gemeinde diese lesen & verstehen > kurz!
- die Vernetzung zur Bauwirtschaft gelingt
- der Bund zum Vorbild wird & angewendet
- der Baukulturminister sie umsetzt
- sie für Bürgermeister verständlich sind
- sie verbindlich sind (Gesetz)!
- sie gelebt werden
- sie die Willigen unterstützen
- eine breite Bewegung auslösen (wie CH)
- es einen neuen Österreich-Konvent gibt

2. Diskussionsrunde: Wer – Wie – Form – Maßnahmen

Wer?

Bund; alle, v. a. Gemeinden, Länder, Regionen; Bauherren, Baukulturpolitik/-gestalterInnen; Zivilgesellschaft, (Regel-)Schulbereiche (Beteiligungsangebote, -haltung), »Wertediskurs«, Methodenhinweise (z.B. BürgerInnenrat)

Wie?

Prioritäten setzen, Hinweise zu Prozessen, Koordinierung, good practise (Wettbewerbe), Sicherheit vermitteln, Hinweise zu regionaler Harmonisierung, Beiräte lokal/regional (Varianten) – wie, warum, Vorteile (Politik hört zu); Probleme analysieren & ansprechen, z.B. Kommunalsteuer, Bedarfszuweisungen; »Auffangnetz«, Argumentarium, Willigen den Rücken stärken, konkrete Beispiele, Geschichten dazu, Transparenz fördern/unterstützen, Thema öffentlicher Raum betonen



Form

Dialogorientierung; Vertrauen schaffen; lebendige Produkte/lebendiger Prozess; Lernen ermöglichen, unterstützen; Gewicht und Stimme vom Bund (>PR), Exkursionen, »Roadshow«, Anreize; modulares Papier nach Zielgruppen (Impulspapier, Checklisten...) – Formate, Zugang zu BGM z. B. aufsuchend, Belohnung; Baukultur-Bildung; geeignet, Baukultur gut zu vermitteln; Qualitäten definieren; praxisrelevant; »Pfleger« danach (Forschung, Monitoring, Steuerung, »Spaceholder«); Zielsetzungen, Zielcommitment; lang + kurz? digital, Kurzfilm, Website gut gegliedert (vgl. Landluft), multimedial; Impulspapier, »sprechend«; Medien erreichen; Zeithorizont, Aktualisierung; Grundlage, Ideen für legislative Maßnahmen; »das Schlimmste verhindern« und »besser werden«.

Maßnahmen

Evaluierungskultur; Schwerpunktjahre; Öffentlichkeitsarbeit; privates Bauen <> öff. Infrastruktur, Instrumente für Kostenwahrheit; begleitend Förderungen; Anschubfinanzierung für Gestaltungsbeiräte; Publikumspreise

1.7 TeilnehmerInnen

Arbeitsgruppe 1: Landschaft als Ressource

Moderation: Verena Konrad

RedakteurInnen: Sibylla Zech; Hannes Schaffer

Daniel Zimmermann	ÖGLA
Thomas Knoll	ÖGLA
Kurt Weinberger	Hagelversicherung
Geli Salzmann	TU Wien
Arthur Kanonier	TU Wien
Gerhard Kopeinig	Kammer Arch. Ing. Stmk/K
Gundula Prokop	Umweltbundesamt - Boden
Frank Zierau	Architektengruppe Krokodil
Andreas Tropper	Landesbaudirektor Steiermark
Thomas Proksch	Land in Sicht

Arbeitsgruppe 2: Wohnraum in Abwanderungsregionen

Moderation: Markus Bogensberger

Redakteur: Klaus-Jürgen Bauer

Karl Rudischer	Bürgermeister Mürzzuschlag
Eva Guttmann	Verein BauKultur Steiermark
Astrid Holler	Landentwicklung Steiermark
Gerlind Weber	ehem. Universität für Bodenkultur
Isabel Stumfol	TU Wien
Helmut Hiess	Rosinak & Partner, ÖROK-Szenarien
Petra Hendrich	Raumagentur Neunkirchen
Marianne Penker	Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, BOKU
Josef Strummer	NÖ Regional
Stephan Marik-Lebeck	Statistik Austria
Simon Speigner	Plattform Baukulturpolitik
Sanela Pansinger	Joanneum Research

Arbeitsgruppe 3: Wohnraum unter Wachstumsdruck

Moderation: Franziska Leeb

Redakteur: Robert Temel

Anna Popelka	PPAG Architects
Manuel Hanke	Wohnbund Consult
Michael Klein	TU Wien
Thomas Hahn	Experte Nachverdichtung
Wolfgang Schön	WAG
Silja Tillner	Tillner & Willinger Architekten
Maren Harnack	FH Frankfurt
Walter Rosifka	Arbeiterkammer
Gerhard Schuster	Wien 3420 AG
Elisabeth Stix	ÖROK

Arbeitsgruppe 4: Zentrenentwicklung

Moderation: Heidrun Schlögl

Redakteur: Reinhard Seiß

Robert Krasser	Salzburger Institut für Raumordnung & Wohnen
Karl Pany	Städtebund
Harald Frey	TU Wien
Stephanie Schwer	Städtebund
Ulrike Böker	Landtag OÖ
Hartwig Wetschko	Land Kärnten
Antje Lehn	Akademie der bildenden Künste Wien
Reiner Nagel	Bundesstiftung Baukultur
Rainer Rosegger	Scan
Hannes Lindner	Standort und Markt
Susanne Scherübl-Meitz	Büro Dr. Paula

Arbeitsgruppe 5: Öffentliches Bauen in Kommunen

Moderation: Volker Dienst

Redakteur: Bernhard Rihl

Roland Gruber	LandLuft
Gabu Heindl	ÖGFA
Marina Hämmerle	Büro für baukulturelle Anliegen
Günter Koberg	Baukulturkoordinator Steiermark
Karin Schwarz-Viechtbauer	ÖISS
Gerhard Wastian	Land Tirol
Bernhard Sommer	Kammer Arch. Ing. W/NÖ/B
Michael Ruf	Bürgermeister Baiersbrunn
Hermann Schnell	TU Wien
Nicolaus Drimmel	Gemeindebund
Manfred Sabo	OÖ Landesregierung

Arbeitsgruppe 6: Baukultur-Governance

Moderation: Lisa Purker, Hanna Posch, Wolfgang Gerlich

Redakteurin: Franziska Trebut

Helfried Bauer	Verwaltungsforschung
Daniel Baumgartner	Landesverwaltung Steiermark
Birgit Brandtner	klar.communications
Elsa Brunner	BKA
Werner Deringer	Bauamtsleiter Mödling
Robert Diem	Franz-Architekten
Monika Gepl	BMF
Christian Hanus	Donau Uni Krems
Günther Hintermeier	Landesverwaltung Niederösterreich
Ursula Rosenbichler	BKA
Michael Roth	BKA
Inge Schrattenecker	Beirat für Baukultur
Kilian Tschabrun	Bürgermeister Zwischenwasser

2 Vorträge-Abstracts



Podiumsdiskussion mit Christian Kühn, Renate Hammer, Reiner Nagel, Michael Ruf, Stephan Trüby, Frank Zierau.

Christian Kühn: Die aktuellen Prozesse

Der Baukulturkonvent versteht sich als Katalysator für 2 zentrale Projekte, die der Beirat für Baukultur in seiner neue Arbeitsperiode betreuen wird: die Erstellung des 3. Österreichischen Baukulturreports und der Baukulturellen Leitlinien des Bundes, die beide im Frühjahr 2017 vorliegen werden. Ein Konvent bringt Akteure mit gemeinsamen Interessen zusammen. Er soll die Konventionen, durch die sie verbunden sind, diskutieren und – wo nötig – neue Wege aufzeigen. Um dieser Diskussion Raum zu geben, ist der Konvent als zweiteilige Veranstaltung konzipiert, mit einem Auftakt heute und einem zweiten Termin im Herbst. Zur Debatte steht die öffentliche Hand als Motor von Baukultur mit Einfluss auf Fragen des Wohnens, der Ortszentren, des kommunalen Bauens und auf die Nutzung von Boden und Landschaft. Die Komplexität dieser Aufgaben verlangt eine ganzheitliche Sicht, die Architektur als Medium gesellschaftlicher Veränderungen begreift und verantwortungsbewusst mit diesem Medium umgeht.

Dietmar Steiner: Wohnen

Wohnbau gibt es nicht. Wohnbau ist das Resultat von Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Es muss immer das Gesamtsystem und nicht der Bau allein gesehen werden. Er ist nur das Resultat von Regeln, Bedingungen und Konventionen. Die zentrale Frage heute ist anscheinend »leistbares Wohnen«. Warum aber spricht niemand über das dafür notwendige »leistbare Einkommen«? Darum denkt Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft das Problem zu isoliert. Wir müssen zuvor vor allem über Siedlungsbau und Städtebau reden. Dann müssen wir die Strategien der sozialen Mischung, der Integration und Moderation thematisieren. Dann müssen die versteckten Potenziale der Wohnungswirtschaft mobilisiert werden. Denn erst wenn Wohnungswirtschaft als Volkswirtschaft erkannt wird, kann auch die Architektur ihren gesellschaftlichen Beitrag dazu leisten.

Stephanie Schwer: Ortszentren

Im Baukulturreport 2011 heißt es: »Zentrenstärkung als verkehrs- und klimapolitische Notwendigkeit: Ausrichtung der gesamten Raumordnungs-, Förderungs- und Abgabepolitik auf die Stärkung der Orts-, Stadt- und Regionszentren als kompakte und vitale Kernzonen des heimischen Siedlungsraums«. Es soll ein Themenüberblick gegeben und aufgezeigt werden, in welchen Bereichen Änderungen von Bundes- und Landesgesetzen nötig sind und welche bundesweiten Allianzen sich abzeichnen – denn ohne nationalen Schulterchluss wird es nicht gehen. Die Aufgabenpalette reicht von Maßnahmen in den Bereichen Jugend, Kultur, Wohnen, Raumordnung und Bauordnung, Denkmalschutz und Verkehr bis hin zur Einzelhandelsentwicklung. Es geht um legislative Maßnahmen, finanzielle Anreize, öffentliches Bewusstsein und eine »Allianz der Willigen«.

Roland Gnaiger: Boden und Landschaft

Österreichs Umgang mit Boden und Landschaft ist eine einzige Misserfolgsgeschichte: 20 Hektar Grünland (mehr als 30 Fußballfelder oder die Erwerbsfläche eines typischen Bauernhofes) verbauen oder versiegeln wir in Österreich täglich. In den letzten 50 Jahren haben wir für unsere Siedlungstätigkeit rund 300.000 Hektar landwirtschaftlichen Grundes in Anspruch genommen. Wächst unsere Bevölkerung um 1 %, dann nimmt parallel dazu der Grünlandverbrauch um 10 % zu. Gleichzeitig stehen alle Gesellschaftsschichten und Parteien (in ihren Programmen) hinter der Forderung einer sparsamen Bodenbewirtschaftung. Es gibt kaum ein gesellschaftspolitisches Thema, bei dem die Diskrepanz bei gesellschaftlichen Wollen und politischen Absichtserklärungen auf der einen Seite und den tatsächlichen Handeln größer wäre. Was ist zu tun?

Lisa Purker/Wolfgang Gerlich: Zum Prozess der Baukulturellen Leitlinien

2016 werden im Auftrag des BKA Baukulturelle Leitlinien des Bundes ausgearbeitet. Dies geschieht im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses: Eine Redaktionsgruppe erarbeitet einen Entwurf orientiert an vorhandenen Grundlagen. Im Rahmen von Onlinekonsultationen werden diverse Stakeholder dazu eingeladen, zu Themensetzung und Zwischenständen Feedback zu geben. Den Kern der Erstellung bildet ein eineinhalbtägiger Konvent im Herbst 2016. Zu diesem Treffen werden alle relevanten Stakeholder eingeladen. Zusätzlich werden Fokusgruppen zu Teilfragen durchgeführt und aufsuchende Kontakte zu jenen Schlüsselpersonen gesucht, die anders nicht erreicht wurden. Insgesamt ist der Prozess darauf ausgelegt, den Leitlinien durch breite Einbindung Vieler möglichst große Wirksamkeit zu verleihen.

Renate Hammer: Baukulturreport III

Der Baukulturreport III soll die Empfehlungen der vorangegangenen Reporte aufgreifen und zu konkreten Handlungsstrategien verdichten. Die zentralen Fragen lauten: Wie könnten sich baukulturell wichtige Handlungsfelder in Österreich in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Stimmen wahrscheinliche Entwicklungen mit unseren Zielvorstellungen überein? Um ein sinnvolles Bild einer möglichen Zukunft zu generieren, wird bei der Erarbeitung des Reports die Szenariotechnik angewendet. In einem ersten methodischen Schritt wurden von ExpertInnen vorgeschlagene Worst-Case- und Best-Case-Szenarien zu den Themen Landschaft, Wohnbau und Planen und Bauen in den Kommunen zusammengeführt. In weiterer Folge wird es darum gehen, innerhalb der so aufgespannten Bandbreite an Möglichkeiten ein erstrebenswertes Zukunftsbild der österreichischen Baukultur zu identifizieren und zielgerichtete Umsetzungswege zur Erreichung der Zielvorstellung aufzuzeigen.

Robert Temel: Architekturpolitiken in Europa

Die kulturelle und soziale Entwicklung, die Lebensqualität und der Wohlstand unserer Gesellschaften hängen wesentlich von der Qualität der gebauten Umwelt, der Baukultur, ab. Die Herausforderung besteht darin, dass diese Qualität von allen Politikbereichen und Entscheidungsebenen mitbestimmt wird. Aus diesem Grund legen viele europäische Staaten seit etwa 25 Jahren übergreifende, systematische Baukulturpolitiken fest. Mittlerweile verfügen 22 europäische Länder entweder über eine umfassende Politik, eigene Gesetzgebung oder eine sektorale Politik zum Baukulturbereich. Österreich besitzt herausragende baukulturelle Ressourcen, die aber zunehmend unter Druck geraten. Deshalb ist eine umfassende österreichische Baukulturpolitik anzuraten.



Vortrag von Robert Temel:
Architekturpolitiken in
Europa.

